

Antrag

**der Abg. Hans Dieter Scheerer und
Alena Trauschel u. a. FDP/DVP**

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Wirtschaftliche Verflechtung von Baden-Württemberg mit der Volksrepublik China

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich von 2010 bis 2020 die Importe von China nach Baden-Württemberg sowie die Exporte von Baden-Württemberg nach China entwickelt haben (bitte differenziert nach Jahren angeben sowie in absoluten Summen sowie in relativen Anteilen am Gesamtimport bzw. -export von Baden-Württemberg);
2. wie sich ebenso von 2010 bis 2020 die Importe und Exporte mit den (neben China) jeweils drei wichtigsten weiteren Handelspartnern entwickelt haben (bitte wieder differenziert nach Jahren und den jeweils drei Ländern angeben sowie in absoluten Summen und in relativen Anteilen am Gesamtimport bzw. -export von Baden-Württemberg);
3. wie sich der Verlauf von Direktinvestitionen in den letzten zehn Jahren – aus der Volksrepublik nach Baden-Württemberg und umgekehrt – entwickelt hat (bitte nach Jahren differenziert angeben, insgesamt sowie wenn möglich aufgeschlüsselt für die Branchen Automobilindustrie, Elektroindustrie, Maschinenbau, Information und Kommunikation, Chemie);
4. wie viele sogenannte „Mergers & Acquisitions“-Geschäfte mit chinesischer Beteiligung im Zeitraum von 2018 bis heute (2021) im Land Baden-Württemberg erfasst wurden (bitte differenziert nach Jahren angeben);
5. ob bekannt ist, wie viele Auslandsniederlassungen baden-württembergische Unternehmen aktuell in der Volksrepublik China betreiben, und wenn ja, wie viele das sind;

6. wie sie – insbesondere im Hinblick auf die Unternehmen in Baden-Württemberg – die aktuelle Situation bewertet, dass die VR China nur sehr wenige Visa an Europäer vergibt und im Gegenzug die Europäische Union nur sehr wenige Visa an Chinesinnen und Chinesen vergibt;
7. welche Risiken die Landesregierung unter dem Gesichtspunkt wirtschaftliche Verflechtung darin sieht, dass beinahe ein Sechstel (15,85 Prozent) des gesamten Kraftwagen- und Kraftwagenteileexports von Baden-Württemberg an die Volksrepublik China geht (Stand 2020);
8. wie die Landesregierung die Risiken für die Wirtschaft in Baden-Württemberg dadurch bewertet, dass sich die beiden wichtigsten Handelspartner des Landes (namentlich die USA und die Volksrepublik China) seit 2018 in einer Auseinandersetzung (mancher Perspektive nach auch in einem Handelskonflikt bis -krieg) befinden und wie sie bei einer Verschärfung dieser Auseinandersetzung (z. B. erweiterte Strafzölle, Boykotte) die Interessen des Landes sicherstellen würde;
9. inwiefern das baden-württembergische Wirtschaftsministerium den „CNBW Bericht 2021“ des China Netzwerks Baden-Württemberg unterstützt hat und welche Schlussfolgerungen sie aus den Ergebnissen gezogen hat;
10. wie hoch sie die Wettbewerbs Herausforderungen ausgehend vom 14. Fünfjahresplan der Kommunistischen Partei Chinas (bei diesem sollen unter anderem die Binnenwirtschaft und der Binnenkonsum Chinas gestärkt werden, um das Land unabhängiger vom Ausland zu machen) für baden-württembergische Unternehmen sieht;
11. ob sie diesbezüglich eigene Strategien verfolgt, um die Wirtschaft in Baden-Württemberg unabhängiger von der Wirtschaft Chinas zu machen und wenn ja, welche;
12. wie sie Berichte bewertet, dass ausländische Firmen innerhalb der Volksrepublik dazu verpflichtet werden, Kooperationen mit chinesischen Partnern zu betreiben und es unter anderem zu erzwungenem Technologietransfer komme, und welche Gegenmaßnahmen sie gegebenenfalls ergreift;
13. inwiefern Baden-Württemberg International (bw-i) mit seiner Repräsentanz in Nanjing baden-württembergische Unternehmen auch zur Sicherung ihrer Interessen, Souveränität und Intellectual Property bei Wirtschaftsbeziehungen mit der Volksrepublik China berät;
14. wie die Landesregierung das bisher noch nicht ratifizierte Investitionsprogramm „Comprehensive Agreement on Investment“ (CAI) der Europäischen Union mit der Volksrepublik China bewertet unter Darlegung, welche Bedeutung sie dem Abkommen für das Land Baden-Württemberg zuspricht und inwiefern sie sich politisch für dessen Umsetzung oder Nicht-Umsetzung einsetzt;
15. ob die Landesregierung einen Zielkonflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen und moralischer Verantwortung gegenüber dem Handelspartner China und der dortigen Einhaltung freiheitlicher Rechte (Stichworte: Uiguren, Hong Kong, Pressefreiheit) sieht und wenn ja, wie dieser aussieht.

15.12.2021

Scheerer, Trauschel, Reith, Dr. Schweickert, Birnstock,
Bonath, Brauer, Fischer, Haag, Haußmann, Heitlinger,
Dr. Jung, Dr. Timm Kern, Dr. Rülke, Weinmann FDP/DVP

Begründung

Die Volksrepublik China ist, gemessen am BIP, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Aus dieser Tatsache ergibt sich, dass Unternehmen ein enormes Interesse daran haben, ihre Produkte auf diesen Markt zu bringen. Dies gilt natürlich auch für Unternehmen aus Baden-Württemberg, für die China bereits heute eine starke Bedeutung hat und diese zukünftig zunehmen dürfte.

Dieser Handelspartner zeichnet sich aber auch, abgesehen von der schieren Größe seines Marktes, durch ein anderes politisches und wirtschaftliches System aus. Merkmal sind u. a. Planwirtschaft im Fünfjahresrhythmus, einer Verflechtung von Einparteienregierung mit ansässigen Unternehmen und einem mitunter mindestens autoritär zu nennendem Verhalten gegenüber Teilen seiner Bevölkerung. Ebenso ist der chinesische Markt zunehmend geprägt von einem Konkurrenz- und Wettbewerbsverhältnis mit den USA, welches auch Auswirkungen auf die internationale (Handels-)Politik haben kann.

Vor diesem Hintergrund geht der Antrag den Fragen nach der Souveränität von baden-württembergischen Unternehmen, der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Baden-Württemberg mit der Volksrepublik China und der Bewertung möglicher Zielkonflikte in Bezug auf die Handelsbeziehungen mit diesem Partner nach.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 19. Januar 2022 Nr. 2313–Anträge nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Einvernehmen mit dem Staatsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. Wie sich von 2010 bis 2020 die Importe von China nach Baden-Württemberg sowie die Exporte von Baden-Württemberg nach China entwickelt haben (bitte differenziert nach Jahren angeben sowie in absoluten Summen sowie in relativen Anteilen am Gesamtimport bzw. -export von Baden-Württemberg);

Zu 1.:

Die nachfolgenden Tabellen stellen das Import- und Exportgeschehen zwischen China und Baden-Württemberg im Zeitraum von 2010 bis 2020 dar:

Warenimporte aus China nach Baden-Württemberg (Quelle: Statistisches Landesamt)

Jahr	Waren insgesamt in Mrd. Euro	Anteil Einfuhr Waren insgesamt aus China an Einfuhren insgesamt in Prozent
2010	9,551	7,6
2011	10,391	7,2
2012	9,829	7,0
2013	9,345	6,8
2014	9,351	6,4
2015	10,453	6,7
2016	11,116	6,9
2017	12,229	7,2
2018	13,637	7,7
2019	13,942	6,6
2020	14,721	8,4

Warenexporte aus Baden-Württemberg nach China (Quelle: Statistisches Landesamt)

Jahr	Waren insgesamt in Mrd. Euro	Anteil Ausfuhr Waren insgesamt nach China an Ausfuhren insgesamt in Prozent
2010	11,079	7,3
2011	13,341	7,8
2012	13,193	7,5
2013	12,297	7,1
2014	14,022	7,8
2015	13,916	7,1
2016	13,883	7,3
2017	14,746	7,4
2018	15,885	7,8
2019	16,387	8,0
2020	17,018	9,0

2. Wie sich ebenso von 2010 bis 2020 die Importe und Exporte mit den (neben China) jeweils drei wichtigsten weiteren Handelspartnern entwickelt haben (bitte wieder differenziert nach Jahren und den jeweils drei Ländern angeben sowie in absoluten Summen und in relativen Anteilen am Gesamtimport bzw. -export von Baden-Württemberg);

Zu 2.:

Die Vereinigten Staaten (Rang 1), Schweiz (Rang 3) und die Niederlande (Rang 4) stellten neben der Volksrepublik China im Jahr 2020 die wichtigsten Handelspartner baden-württembergischer Unternehmen dar.

USA

Warenimporte aus den Vereinigten Staaten nach Baden-Württemberg (Quelle: Statistisches Landesamt)

Jahr	Waren insgesamt in Mrd. Euro	Anteil Einfuhr Waren insgesamt aus den Vereinigten Staaten an Einfuhren insgesamt in Prozent
2010	10,548	8,4
2011	10,650	7,4
2012	10,768	7,7
2013	9,371	6,8
2014	9,904	6,8
2015	12,903	8,3
2016	12,335	7,7
2017	11,745	6,9
2018	11,286	6,3
2019	12,824	6,4
2020	12,832	7,4

Warenexporte aus Baden-Württemberg in die Vereinigten Staaten
(Quelle: Statistisches Landesamt)

Jahr	Waren insgesamt in Mrd. Euro	Anteil Ausfuhr Waren insgesamt in die Vereinigten Staaten an Ausfuhren insgesamt in Prozent
2010	13,631	8,9
2011	15,810	9,2
2012	18,230	10,4
2013	18,671	10,8
2014	21,208	11,7
2015	25,847	13,2
2016	23,291	12,2
2017	24,575	12,3
2018	25,184	12,4
2019	25,214	12,3
2020	23,273	12,2

Schweiz

Warenimporte aus der Schweiz nach Baden-Württemberg
(Quelle: Statistisches Landesamt)

Jahr	Waren insgesamt in Mrd. Euro	Anteil Einfuhr Waren insgesamt aus der Schweiz an Einfuhren insgesamt in Prozent
2010	11,763	9,3
2011	12,657	8,8
2012	12,687	9,1
2013	12,811	9,3
2014	13,174	9,1
2015	14,716	9,4
2016	15,450	9,6
2017	15,568	9,2
2018	15,793	8,9
2019	15,818	8,5
2020	15,708	9,0

Warenexporte aus Baden-Württemberg in die Schweiz (Quelle: Statistisches Landesamt)

Jahr	Waren insgesamt in Mrd. Euro	Anteil Ausfuhr Waren insgesamt in die Schweiz an Ausfuhren insgesamt in Prozent
2010	12,622	8,3
2011	14,727	8,6
2012	15,413	8,8
2013	13,277	7,7
2014	13,063	7,2
2015	13,368	6,8
2016	14,006	7,3
2017	15,409	7,7
2018	14,733	7,3
2019	15,245	7,4
2020	14,659	7,7

Niederlande

Warenimporte aus den Niederlanden nach Baden-Württemberg

(Quelle: Statistisches Landesamt)

Jahr	Waren insgesamt in Mrd. Euro	Anteil Einfuhr Waren insgesamt aus den Niederlanden an Einfuhren insgesamt in Prozent
2010	6,622	5,2
2011	9,542	6,7
2012	10,134	7,3
2013	10,491	7,6
2014	11,837	8,1
2015	13,061	8,4
2016	12,576	7,8
2017	13,624	8,0
2018	13,708	7,7
2019	12,493	7,4
2020	12,711	7,3

Warenexporte aus Baden-Württemberg in die Niederlande

(Quelle: Statistisches Landesamt)

Jahr	Waren insgesamt in Mrd. Euro	Anteil Ausfuhr Waren insgesamt in die Niederlande an Ausfuhren insgesamt in Prozent
2010	11,532	7,6
2011	12,055	7,0
2012	11,746	6,7
2013	11,837	6,8
2014	11,735	6,5
2015	12,791	6,5
2016	13,046	6,8
2017	14,093	7,0
2018	14,755	7,3
2019	14,068	6,9
2020	13,392	7,0

3. *Wie sich der Verlauf von Direktinvestitionen in den letzten zehn Jahren – aus der Volksrepublik nach Baden-Württemberg und umgekehrt – entwickelt hat (bitte nach Jahren differenziert angeben, insgesamt sowie wenn möglich aufgeschlüsselt für die Branchen Automobilindustrie, Elektroindustrie, Maschinenbau, Information und Kommunikation, Chemie);*

Zu 3.:

In ihren jährlich erscheinenden Bestandsangaben zu ausländischen Direktinvestitionen erfasst die Deutsche Bundesbank ausländische Direktinvestitionsbestände in Baden-Württemberg und baden-württembergische Direktinvestitionsbestände im Ausland gemäß den internationalen Standards des IWF und der OECD. Demnach sind Direktinvestitionen grenzüberschreitende Beteiligungen am Kapital oder an Stimmrechten eines Unternehmens von 10 Prozent oder mehr. Da die Statistik immer zwei Jahre rückläufig ist, stammen aktuelle Zahlen aus dem Jahr 2019. Die vorläufigen Zahlen für das Jahr 2020 werden erst im Sommer 2022 veröffentlicht.

Die Entwicklung des Verlaufs der Direktinvestitionen *der letzten zehn Jahre aus Baden-Württemberg in die Volksrepublik China* kann nachfolgender Tabelle entnommen werden.

Jahr	Unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionsbestände baden-württembergischer Unternehmen in der Volksrepublik China in Mio. Euro (saldiert)
2009	4.762
2010	6.831
2011	9.006
2012	10.370
2013	12.003
2014	15.456
2015	19.023
2016	20.602
2017	24.167
2018	25.967
2019	26.770 (vorläufig)

Die Entwicklung des Verlaufs der Direktinvestitionen der letzten sieben Jahre *von der Volksrepublik China (Kapitalgeberland) nach Baden-Württemberg* kann nachfolgender Tabelle entnommen werden.

Die Zahlen der Jahre 2009 bis 2012 hat die Deutsche Bundesbank aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht bekannt gegeben.

Jahr	Unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionsbestände von Unternehmen aus der Volksrepublik China in Baden-Württemberg in Mio. Euro (saldiert)
2013	-21
2014	4
2015	-3
2016	66
2017	-11
2018	-9
2019	91 (vorläufig)

Die Statistik der Deutschen Bundesbank gibt nur Aufschluss über die branchenspezifischen Investitionen baden-württembergischer Unternehmen im gesamten Ausland. Deshalb liegen der Landesregierung keine Informationen über die branchenspezifischen Investitionen in der Volksrepublik China vor.

Die Entwicklung der Ansiedlungen der letzten zehn Jahre *aus der Volksrepublik China in Baden-Württemberg* in den jeweiligen Branchen wird von der Landesagentur Baden-Württemberg International erfasst und kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	Auto- mobil- industrie	Elektro- industrie	Maschi- nenbau	Information & Kommunikation	Chemie	Sonstige	Total
2010	2	1	0	0	0	2	5
2011	1	3	2	1	0	2	9
2012	1	2	3	0	1	0	7
2013	1	3	4	0	1	4	13
2014	0	3	1	2	0	5	11
2015	0	0	3	0	0	9	12
2016	6	3	6	2	1	5	23
2017	2	4	5	1	0	5	17
2018	6	3	8	0	2	2	21
2019	8	4	5	2	0	2	21
2020	4	4	2	0	0	5	15

Automobilindustrie:

Automobilteile, Automobilhersteller (OEM), Hersteller von Kraftfahrzeugen

Elektroindustrie:

Konsumelektronik, elektrische Bauteile, Hersteller von elektrischer Ausrüstung, Computerhersteller, elektronische und optische Erzeugnisse

Maschinenbau:

Maschinen- und Gerätebauer

Information & Kommunikation:

Kommunikation, Software und IT-Hardware

Chemie:

Chemikalien, Pharmazeutika, Biotechnologie

4. *Wie viele sogenannte „Mergers & Acquisitions“-Geschäfte mit chinesischer Beteiligung im Zeitraum von 2018 bis heute (2021) im Land Baden-Württemberg erfasst wurden (bitte differenziert nach Jahren angeben);*

Zu 4.:

Nach Recherchen von Baden-Württemberg International haben sich die ausländischen „Mergers & Acquisitions“-Geschäfte mit chinesischer Beteiligung in Baden-Württemberg seit 2018 wie folgt entwickelt. Die Zahlen für das Jahr 2021 werden erst im Frühjahr 2022 veröffentlicht.

Jahr	Zahl ausländischer „Mergers & Acquisitions“- Geschäfte in Baden-Württemberg	davon chinesische Investoren
2018	67	9
2019	87	8
2020	64	2

Die Landesregierung weist darauf hin, dass Baden-Württemberg International „Mergers & Acquisitions“-Transaktionen und deren jeweiliges Investitionsvolumen nicht systematisch erfasst. Wie bereits in der Drucksache 16/4617 ausgeführt, wendet Baden-Württemberg International bei der Erfassung ausländischer „Mergers & Acquisitions“-Geschäfte folgende Kriterien an: Erfasst werden nur „Mergers & Acquisitions“-Geschäfte, bei denen der Anteil an ausländischem Kapital größer als 20 Prozent ist und dieser Anteil von einem ausländischen Unternehmen gehalten wird.

5. Ob bekannt ist, wie viele Auslandsniederlassungen baden-württembergische Unternehmen aktuell in der Volksrepublik China betreiben, und wenn ja, wie viele das sind;

Zu 5.:

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus verfügt über keine belastbaren Daten zur Anzahl der Auslandsniederlassungen baden-württembergischer Unternehmen in China. Allein in der Partnerprovinz Jiangsu sind über 400 Unternehmen aus Baden-Württemberg angesiedelt.

6. Wie sie – insbesondere im Hinblick auf die Unternehmen in Baden-Württemberg – die aktuelle Situation bewertet, dass die VR China nur sehr wenige Visa an Europäer vergibt und im Gegenzug die Europäische Union nur sehr wenige Visa an Chinesinnen und Chinesen vergibt;

Zu 6.:

Die durch die Coronapandemie bedingten geringen Austausch zwischen China und Europa belasten derzeit die wirtschaftliche Zusammenarbeit und potenzielle Investitionen auf beiden Seiten.

Darüber hinaus stellen sie insbesondere für deutsche Fachkräfte ein Hemmnis bei der Einreise einschließlich der Einreise ihrer Familienangehörigen dar.

Dies ist angesichts der engen wirtschaftlichen Verknüpfung zwischen Europa und China, aber auch im Hinblick auf den kulturellen und politischen Austausch zwischen beiden Regionen ein Nachteil, der hoffentlich zeitlich beschränkt bleibt.

Aufgrund der in Europa und Deutschland derzeit herrschenden Coronafallzahlen und der strikten „Null-Corona-Politik“ Chinas ist kurz- bis mittelfristig allerdings mit keinen Lockerungen vonseiten Chinas zu rechnen.

7. welche Risiken die Landesregierung unter dem Gesichtspunkt wirtschaftliche Verflechtung darin sieht, dass beinahe ein Sechstel (15,85 Prozent) des gesamten Kraftwagen- und Kraftwagenteileexports von Baden-Württemberg an die Volksrepublik China geht (Stand 2020);

Zu 7.:

Die Automobilindustrie des Landes Baden-Württemberg kann nur dann im globalen Wettbewerb bestehen, wenn sie auf den wichtigsten globalen Märkten präsent ist. Durch entsprechende volkswirtschaftliche Voraussetzungen bietet die Volksrepublik China ein sehr großes Marktpotenzial für Elektromobilitätsprodukte. Das eröffnet der deutschen Automobilindustrie die Chance, elektrisch betriebene Fahrzeugmodelle in hohen Stückzahlen auf den Markt zu bringen. Die durch diese schnelle Skalierung bedingten Volumeneffekte ermöglichen eine sukzessive Reduktion der Stückkosten und eine breite Basis für die Sammlung von Anwendungserfahrungen beim realen Einsatz der neuen Fahrzeuge.

Ein Fernbleiben vom chinesischen Markt würde dazu führen, dass Wettbewerber, insbesondere auch chinesische Automobilunternehmen, schneller große Stückzahlen erreichen und ihr Entwicklungsniveau steigern könnten und entsprechend die heimische Automobilindustrie ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren würde.

8. *wie die Landesregierung die Risiken für die Wirtschaft in Baden-Württemberg dadurch bewertet, dass sich die beiden wichtigsten Handelspartner des Landes (namentlich die USA und die Volksrepublik China) seit 2018 in einer Auseinandersetzung (mancher Perspektive nach auch in einem Handelskonflikt bis -krieg) befinden und wie sie bei einer Verschärfung dieser Auseinandersetzung (z. B. erweiterte Strafzölle, Boykotte) die Interessen des Landes sicherstellen würde;*

Zu 8.:

Eine wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen den beiden wichtigsten Handelspartnern des Landes birgt aufgrund der hohen Importquote Deutschlands auch Risiken für die Unternehmen Baden-Württembergs.

Der aktuelle Handelsstreit zwischen den USA und China mag zwar kurzfristig für Unternehmen aus der EU auch die Möglichkeit geboten haben, in Märkte vorzudringen, die bisher von Unternehmen aus den USA besetzt waren. Dies kann die potenziellen negativen Auswirkungen des Handelsstreits und einer damit möglicherweise einhergehenden Abkühlung des Verhältnisses zu China aber nicht aufwiegen. Als Region mit einer stark exportorientierten Wirtschaft und hoher Importquote profitiert Baden-Württemberg in besonderem Maße von offenen Märkten und von einem international regelbasierten Handel.

Im globalen Umfeld kann die Landesregierung vornehmlich auf der Ebene der EU die Entwicklungen in der Welt mitgestalten. Es wird daher künftig noch wichtiger sein, die handelspolitischen Entwicklungen zu beobachten und sich bei der EU für eine klare, kohärente und international abgestimmte Linie in der Außenwirtschaftspolitik sowie eine Stärkung des multilateralen, regelbasierten Handelssystems einzusetzen.

Nur durch eine geschlossene Haltung Europas können auf internationaler Ebene auch die Interessen Deutschlands und Baden-Württembergs vertreten und sichergestellt werden. Das Land setzt sich daher für eine Stärkung der EU und ein einheitliches Vorgehen der Mitgliedstaaten bei globalen Handelsfragen ein.

In konkreten Einzelfällen kann flankierend versucht werden, über die Einbindung des Auswärtigen Amtes oder auf regionaler Ebene über die Einbindung der Wirtschaftsrepräsentanz des Landes in Nanjing und mithilfe von Gesprächen und Verhandlungen die Interessen des Landes zu wahren.

9. *Inwiefern das baden-württembergische Wirtschaftsministerium den „CNBW Bericht 2021“ des China Netzwerks Baden-Württemberg unterstützt hat und welche Schlussfolgerungen sie aus den Ergebnissen gezogen hat;*

Zu 9.:

Der Bericht des China Netzwerks Baden-Württemberg (CNBW) basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen einer Unternehmensumfrage, die vom CNBW und der China Business Group (CBG) der Pricewaterhouse-Coopers GmbH (PwC) von Anfang Dezember 2020 bis Ende Februar 2021 durchgeführt und mit einem geringen Betrag vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus unterstützt wurde.

Insgesamt beteiligten sich 144 Unternehmensvertreter. Parallel wurden vertiefende Telefoninterviews mit elf Geschäftsführern bzw. China-Verantwortlichen baden-württembergischer Unternehmen durchgeführt.

Ziel der Unternehmensbefragung war es, einen besseren Einblick zu erhalten, wie China-Verantwortliche die Bereiche Investitionen, Absatz und Beschaffung einschätzen. So wurde im Rahmen der Umfrage u. a. nach Erfolgsfaktoren, Chancen, Risiken und Hemmnissen in der Zusammenarbeit mit chinesischen Geschäftspartnern gefragt.

Wesentliche Erkenntnisse aus der Umfrage waren u. a., dass ein Großteil der Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg seine Aktivitäten in China – trotz der Einflüsse der Pandemie auf die Lieferketten – ausbauen will und dass aus Sicht der Unternehmen die Bedeutung Chinas als Beschaffungsmarkt und Absatzmarkt zunehmen wird.

Aufgrund der Coronaerfahrungen werden aber in der Risikobetrachtung parallel auch verstärkt Standorte oder Lieferanten in anderen Regionen geprüft, insbesondere in Osteuropa.

Ein gutes Drittel der Umfrageteilnehmer geht davon aus, dass sie chinesischen Wettbewerbern im eigenen Sektor zurzeit technologisch noch voraus sind. Rund 20 Prozent sehen diese jedoch bereits heute vorne und gut die Hälfte geht davon aus, dass ihre chinesischen Wettbewerber aufholen und ihnen in einigen Jahren überlegen sein werden.

Als größte Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit China werden die Entwicklung von Preisen und Löhnen gesehen, gefolgt von den Themen der wirtschaftlichen, wettbewerblichen und rechtlichen Sicherheit, der Zuverlässigkeit der Partner, der Produktqualität, der Personalgewinnung und dem Aufbau einer Führungs- und Unternehmenskultur sowie der interkulturellen Zusammenarbeit.

Die wesentlichen Kernaussagen und Ergebnisse der Umfrage dienen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus dazu, ein aktuelles Bild der Zusammenarbeit baden-württembergischer Unternehmen mit China zu erhalten und abzurufen. Darüber hinaus dienen sie als Grundlage zur weiteren Entwicklung gezielter Unterstützungsmaßnahmen des Ministeriums bzw. der Landesagenturen und der Wirtschaftsrepräsentanz des Landes.

10. wie hoch sie die Wettbewerbsherausforderungen ausgehend vom 14. Fünfjahresplan der Kommunistischen Partei Chinas (bei diesem sollen unter anderem die Binnenwirtschaft und der Binnenkonsum Chinas gestärkt werden, um das Land unabhängiger vom Ausland zu machen) für baden-württembergische Unternehmen sieht;

Zu 10.:

Der im März 2021 verabschiedete Fünfjahresplan für den Zeitraum 2021 bis 2025 gibt Aufschluss über die Schwerpunkte der wirtschaftspolitischen Strategie Chinas. Diese setzt angesichts sich verlangsamer Wachstumsraten zukünftig stärker auf Qualität statt Quantität. Der aktuelle Fünfjahresplan formuliert zwar keine konkreten Wachstumsziele mehr, gleichwohl beinhaltet es aber die Vision, bis 2035 das Ziel einer „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ zu verwirklichen. Zur Zielerreichung wäre danach ein jährliches Wachstum von etwa 4,5 Prozent nötig.

Das angestrebte Wachstum will China vor allem über Innovationen auf breiter Front erzielen – eine Ambition, die zum Beispiel in Strategien wie „Made in China 2025“ bereits in der Vergangenheit zum Ausdruck kam.

Das im Fünfjahresplan erläuterte Konzept der „Zwei Kreisläufe“ beschreibt, wie China von einem exportgetriebenen Wachstum auf ein durch einheimischen Konsum und einheimische Innovation getragenes Wachstumsmodell umschwenken will.

Dem gegenüber stehen die Beteuerungen der chinesischen Regierung, weiterhin den Markt zu öffnen. So wurden beispielsweise in einigen auch für baden-württembergische Unternehmen interessanten Bereichen (z. B. Automotive) Joint Venture-Beschränkungen aufgehoben.

Um ihre strategischen Ziele zu erreichen, hat die Kommunistische Partei Chinas (KPC) klare Ziele vorgegeben. Im Bereich Smart Manufacturing hat sie zum Beispiel zehn Kernindustrien und 18 Kerntechnologien genannt, in denen durch massive Investitionen in Forschung und Entwicklung Innovationen vorangebracht werden sollen.

Bei einzelnen dieser Kernindustrien und Kerntechnologien, wie z. B. Biomedizin und medizinische Hochleistungsausrüstung, IT der „nächsten Generation“, Digitale „High-End“-Geräte und Roboter, Luftverkehr und Weltraumtechnik, Fahrzeuge mit energiesparenden Technologien sowie Technik zur Nutzbarmachung erneuerbarer Energien nehmen baden-württembergische Unternehmen derzeit teils weltweite Spitzenpositionen ein. Daher ist auf diesen Technologiefeldern zukünftig mit einem verstärkten und wachsenden Wettbewerbsdruck zu rechnen.

11. ob sie diesbezüglich eigene Strategien verfolgt, um die Wirtschaft in Baden-Württemberg unabhängig von der Wirtschaft Chinas zu machen und wenn ja, welche;

Zu 11.:

Wenngleich der Handel mit China knapp unter 10 Prozent des gesamten Warenhandelsvolumens in Baden-Württemberg liegt, kommt dem chinesischen Markt eine zunehmend starke Bedeutung für baden-württembergische Unternehmen zu. Für High-Tech-Firmen und Hersteller von Konsumgütern bieten sich in China weiterhin gute Kooperations- und Absatzchancen. Zugleich ergeben sich zunehmende Herausforderungen, mit denen ausländische Unternehmen in China konfrontiert werden.

Die Konzentration auf einen Markt alleine, ist für Unternehmen aus Sicht der Landesregierung ohnehin riskant. Um Unternehmen auf mittlere und längere Sicht international krisenfest aufzustellen, sollten die Möglichkeiten einer internationalen Diversifizierung von Lieferketten noch stärker als bisher in den Blick genommen werden, um so für das jeweilige Unternehmen und die jeweilige Branche passende Internationalisierungsstrategien entwickeln zu können. Nur so können länderspezifische Risiken gemildert und Lieferketten robuster ausgestaltet werden. Daher gilt generell, dass eine nachhaltige Stärkung des multilateralen, regelbasierten Handelssystems aus Sicht der baden-württembergischen Wirtschaft von höchstem Interesse ist.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus fördert daher beispielsweise gezielt über die von Baden-Württemberg International angebotenen Außenwirtschafts- und Standortmarketingprogramme sowie über die Förderung von Beratungsprogrammen bei der baden-württembergischen Handwerkskammer und dem RKW BW kleine und mittlere Unternehmen bei deren Internationalisierung und bei der Erschließung neuer Märkte.

Darüber hinaus steht den Unternehmen in Baden-Württemberg ein breites und fachlich fundiertes Angebot der Landesagenturen für die wichtigen Branchenbereiche Mobilität, Leichtbau, Umwelttechnik und Ressourceneffizienz sowie Klimaschutz zur Verfügung. Zudem bieten auch die Industrie- und Handelskammern im Land mit ihrem Netzwerk der Außenhandelskammern sowie die Branchenverbände ein breites Unterstützungsangebot.

Die Landesregierung hat die hohe Dynamik in Asien und die Ausgewogenheit der internationalen Beziehungen im Blick. Sie pflegt Partnerschaften mit Regionen in China, Japan und Indien und strebt an, gemeinsam mit Expertinnen und Experten, Interessensträgern und der Zivilgesellschaft eine Ostasien-Strategie des Landes zu entwickeln.

12. wie sie Berichte bewertet, dass ausländische Firmen innerhalb der Volksrepublik dazu verpflichtet werden, Kooperationen mit chinesischen Partnern zu betreiben und es unter anderem zu erzwungenem Technologietransfer komme, und welche Gegenmaßnahmen sie gegebenenfalls ergreift;

14. wie die Landesregierung das bisher noch nicht ratifizierte Investitionsprogramm „Comprehensive Agreement on Investment“ (CAI) der Europäischen Union mit der Volksrepublik China bewertet unter Darlegung, welche Bedeutung sie dem Abkommen für das Land Baden-Württemberg zuspricht und inwiefern sie sich politisch für dessen Umsetzung oder Nicht-Umsetzung einsetzt;

Zu 12. und 14.:

Die Ziffern 12 und 14 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Strukturell bedingte Marktzugangshindernisse, Investitionsbeschränkungen und Ungleichbehandlungen bestehen trotz einzelner punktueller Verbesserungen, fort. Beispiele sind ein derzeit fortbestehender Joint-Venture-Zwang in bestimmten Sektoren (z. B. Telekommunikationsdienste, Gesundheitsdienstleistungen), Lokalisierungsanforderungen, der Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen, erzwungener Technologietransfer oder Einschränkungen des freien Datentransfers.

Vor diesem Hintergrund sind aus Sicht der Landesregierung substanzielle Verbesserung der Marktzugangs- und Investitionsbedingungen für baden-württembergische Unternehmen in China von großer Bedeutung. Ein wichtiges Ziel hierbei ist die Herstellung von Reziprozität und gleichen Wettbewerbsbedingungen.

Eine Ratifizierung des EU-China-Investitionsabkommens (CAI) ist derzeit allerdings nicht absehbar. Am 30. Dezember 2020 haben die EU und China zwar eine politische Grundsatzvereinbarung über ein EU-China Investitionsabkommen (CAI) erzielt. Das Europäische Parlament hat jedoch im Mai 2021 in einer Resolution Sanktionen der chinesischen Behörden gegen EU-Bürger und -Einrichtungen verurteilt und Ratifizierungsgespräche zum EU-China-Investitionsabkommen auf Eis gelegt.

Um die baden-württembergischen Unternehmen, Hochschulen und Städte und Kommunen bei ihren Kontakten und in ihrer Zusammenarbeit mit chinesischen Akteuren zu unterstützen, hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Chinakompetenz“ durchgeführt. Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe konnten ca. 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer online erreicht und über die aktuellen Entwicklungen und Rahmenbedingungen in der Zusammenarbeit mit China sensibilisiert und informiert werden.

13. inwiefern Baden-Württemberg International (bw-i) mit seiner Repräsentanz in Nanjing baden-württembergische Unternehmen auch zur Sicherung ihrer Interessen, Souveränität und Intellectual Property bei Wirtschaftsbeziehungen mit der Volksrepublik China berät;

Zu 13.:

Baden-Württemberg International Nanjing unterstützt Unternehmen aus Baden-Württemberg in allen chinarelevanten Fragen, verfügt über ein großes Knowhow und gute Kontakte sowohl zu versierten Patentanwälten als auch zu den entsprechenden Behörden und bearbeitet dazu regelmäßig Anfragen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit für kleine und mittlere Unternehmen, die Leistungen des Firmenpools von Baden-Württemberg International Nanjing in Anspruch zu nehmen und so einen erleichterten Markteintritt in China zu erhalten.

Konkrete Einzelfälle können in den Partnerprovinzen des Landes Jiangsu und Liaoning zudem über die Wirtschaftsrepräsentanz des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus aufgegriffen und gegenüber den chinesischen Behörden thematisiert werden.

15. ob die Landesregierung einen Zielkonflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen und moralischer Verantwortung gegenüber dem Handelspartner China und der dortigen Einhaltung freiheitlicher Rechte (Stichworte: Uiguren, Hong Kong, Pressefreiheit) sieht und wenn ja, wie dieser aussieht.

Zu 15.:

China gilt heute in der politischen Wahrnehmung zu Recht nicht mehr als „Werkbank der Welt“, sondern ist vielmehr zugleich wichtiger Handelspartner, Mitbewerber und systemischer Rivale. Das gilt nicht nur für Chinas Rolle als wichtiger Handelspartner, sondern auch für Chinas zentrale Rolle beim Erreichen der global vereinbarten Klimaschutzziele.

Dabei ist der Einsatz für die Menschenrechte und unsere freiheitlichen Grundwerte wie die Meinungs- und Pressefreiheit zentral für die Landesregierung. Dies gilt in den bilateralen Kontakten mit China wie auch in der Arbeit auf EU-Ebene. Die Landesregierung nutzt geeignete politische Kontakte, um diese Themen aktiv anzusprechen und richtet insbesondere ihre internationalen Partnerschaften auf der Grundlage der Chancen und Risiken für unsere Wirtschaft, der Einhaltung der Menschenrechte sowie hoher Standards im Bereich Klimaschutz und Umwelt aus.

Mit diesen nicht verhandelbaren Grundsätzen wird die Landesregierung auch weiterhin die langjährigen Partnerschaften mit den Provinzen Jiangsu und Liaoning pflegen und versuchen, auf regionaler Ebene einen Beitrag für ein wertebasiertes Miteinander auf Augenhöhe zu leisten. So soll u. a. das Thema Sorgfaltspflichten entlang von Wertschöpfungs- und Lieferketten sowie die bisher sehr positiven Erfahrungen mit der dazu vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus initiierten Veranstaltungsreihe „global verantwortlich Baden-Württemberg“ – www.gvbw.de) in die kommenden Sitzungen der gemischten Arbeitsgruppen mit den Partnerprovinzen eingebracht werden.

Dr. Hoffmeister-Kraut
Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus